

Rot-Grün streitet über Kanal-TÜV

VON GERHARD VOOGT

DÜSSELDORF In der rot-grünen Landesregierung ist ein Konflikt zwischen den Sozialpolitikern und den Vertretern des ländlichen Raums über die Einführung eines Kanal-TÜVs für private Abwasserrohre entbrannt. Ursprünglich sollten die Fraktionen von SPD und Grünen in der kommenden Woche abschließend über das künftige Regelwerk bei der Dichtheitsprüfung abstimmen. Doch bislang ist kein Kompromiss in Sicht. „Die Fachebene arbeitet mit Hochdruck, aber uns liegt noch nichts vor“, sag-

te Reiner Priggen, Fraktionschef der Grünen im Landtag. Darstellungen, nach denen eine generelle Prüfpflicht geplant sei, könne er nicht bestätigen, sagte Priggen.

Vor der Landstagswahl hatten Politiker von SPD und Grünen erklärt, Besitzer von Ein- und Zweifamilienhäusern sollten von der Prüfpflicht ausgenommen werden. Gegen die Privilegierung regt sich nun Widerstand. „Die Mieter in Mehrfamilienhäusern werden per Umlage zur Kasse gebeten, während die Immobilienbesitzer verschont werden sollen“, sagte Bernhard von Grünberg, Sozialexperte der

SPD im Landtag. Dies sei ungerecht, zumal die Kanäle der Ein- und Zweifamilienhäuser als stör anfälliger gelten würden. Dennis Maelzer, SPD-Landtagsabgeordneter aus Detmold, sieht das anders. „Wir brauchen beim Kanal-TÜV eine bürgerfreundliche Lösung“, sagte der Politikwissenschaftler. Gerade die Bewohner von Ein- und Zweifamilienhäusern im ländlichen Raum würden durch eine Prüfpflicht unangemessen belastet. „Ich bin mir nicht sicher, ob das dem Geist des Koalitionsvertrags entspricht“, fügte Maelzer hinzu. Die Vereinbarung schreibt

vor, dass soziale Härten bei der Sanierung vermieden werden sollen.

CDU und FDP im Düsseldorfer Landtag forderten die Landesregierung auf, die Dichtheitsprüfung nur bei einem begründeten Schadensverdacht zu verlangen. Die Pläne für einen Kurswechsel seien ein „massiver Wortbruch“. Von den TÜV-Prüfungen wären mehr als acht Millionen private Haushalte in NRW betroffen. Je nach Grundstücksgröße können die Kontrollen mehrere Hundert Euro kosten. Sie sollen verhindern, dass das Grundwasser durch undichte Stellen verschmutzt wird.